

L-01 Alle nach ihrer Fassung – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 28.02.2019

Tagesordnungspunkt: 3 Alle nach ihrer Fassung – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

1 Alle nach ihrer Fassung – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

2 Für viele Menschen ist Berlin das Symbol der Freiheit. Das Bild der weltoffenen Stadt, in
3 der alle nach ihrer Fassung glücklich werden können, hat sich seit Jahrhunderten verfestigt.
4 Trotz oder gerade weil es auch immer wieder historisch lange Phasen gab, die geprägt waren
5 von Unfreiheit, Terror und staatlicher Verfolgung.

6 Heute, so viele Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der friedlichen Revolution
7 im Ostteil der Stadt, ist Berlin mehr denn je eine vielfältige Stadt. Ein Sehnsuchtsort für
8 Menschen aus aller Welt. Ob Berliner*innen der 1. bis X-ten Generation, Ein-Eltern-Familien,
9 Menschen mit Behinderung, Gläubige oder Nichtgläubige, LSBTIQ*, Schwarze Menschen oder
10 People of Color, Kinder, Jugendliche und alte Menschen: Sie alle wollen hier nach ihrer
11 Fassung glücklich werden.

12 Freiheit den Lebensentwürfen - Kampf den unterdrückerischen Strukturen

13 Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist es daher ein zentrales Ziel, Berlin als Stadt zu
14 gestalten, in der die unterschiedlichen Lebensentwürfe friedlich und anregend nebeneinander
15 bestehen können, ohne sich gegenseitig auszugrenzen. Gelingen kann uns das, wenn wir
16 gemeinsam Verantwortung sowohl für das eigene Wohl als auch das der Anderen übernehmen. Wenn
17 wir Lebensentwürfe, die wir nicht gut finden oder sogar ablehnen, aushalten und
18 Diskriminierungen auch dann bekämpfen, wenn sie sich gegen andere richten. Wir sind uns
19 bewusst, dass eine vielfältige und bunte Gesellschaft Konflikte und Auseinandersetzungen mit
20 sich bringt. Diese Kontroversen sind ein Zeichen für das gesellschaftliche Zusammenwachsen
21 in Vielfalt. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir vehement gegen unterdrückerische,
22 ausgrenzende und diskriminierende Strukturen oder (Denk-) Systeme vorgehen. Um es deutlich
23 zu sagen: Freiheit allen friedlichen Lebensentwürfen, aber Kampf den unterdrückerischen
24 Strukturen.

25 Wir brauchen klare Position für vielfältige, nicht diskriminierende, antirassistische,
26 empowernde und offene Strukturen, Gesetze und gesellschaftliche Normen. Voltaire hat einmal
27 gesagt: „Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen
28 dürfen.“ Was Voltaire für die Meinungsfreiheit zusammengefasst hat, gilt analog auch für die
29 Vielfalt der Lebensentwürfe – solange diese Lebensentwürfe nicht selbst unterdrückerisch,
30 Menschen verachtend oder diskriminierend gegen andere sind.

31 Es geht uns alle an!

32 Es gibt zwar eine Dominanzgesellschaft, aber das ist keine Mehrheitsgesellschaft, denn die
33 Mehrheit der Menschen gehört in einer oder mehreren Hinsichten einer marginalisierten Gruppe
34 an: als gläubig, als jung oder als hochbetagt, als Mensch mit körperlichen
35 Beeinträchtigungen, als ehemaliger Dorfbewohner in einer Großstadt, als Großstädterin auf
36 dem Land, als fett oder dünn, als arbeitslos oder als hochbegabt. Wir wollen das Bewusstsein
37 für die Existenz von Intersektionalitäten und Mehrfachzugehörigkeiten in unserem politischen
38 Handeln verankern und dafür sensibilisieren, dass Antidiskriminierungspolitik keine
39 Minderheiten- und keine Nischenpolitik ist, sondern im Kern eines jeden demokratischen
40 Rechtsstaats verankert sein muss.

41 Jede*r aber hat einen Lebensentwurf – sei der einfach unhinterfragt übernommen, aufgezwungen
42 oder frei gewählt, der sich nicht in jeder Hinsicht mit dem der meisten anderen deckt.
43 Deshalb ist eine Politik, die sich Artikel 2 des Grundgesetzes verschreibt, keine Politik
44 für eine Nische, keine Politik für gute Zeiten, sondern elementar für die Demokratie und den
45 Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie wahrt die Menschenwürde, den festgeschriebenen
46 Gleichheitsgrundsatz und die Minderheitenrechte. Sie garantiert Teilhabe und ist somit eine
47 Politik für alle, für das Gemeinwohl.

48 Nur gemeinsam sind wir stark

49 Für eine gemeinwohlorientierte Solidarität wollen wir sowohl auf staatlicher Seite die
50 Strukturen und Gesetze, als auch die gesamtgesellschaftliche Grundlage schaffen.

51 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Umweltschützer*innen bei rassistischen Übergriffen
52 solidarisch aufschreien und Hanfaktivist*innen für die Rechte von Menschen mit Behinderung
53 protestieren. Nur wenn wir Solidarität und Allianzen untereinander fördern und praktizieren,
54 schaffen wir es, die durch das Grundgesetz garantierte freie Entfaltung der Persönlichkeit
55 auch zu gewährleisten. Dafür brauchen wir – auch staatlich unterstützte – Strukturen, die
56 den Austausch unter den verschiedenen Bewegungen organisieren, solidarische Aktionen fördern
57 und gegenseitiges Lernen vorantreiben.

58 Dies kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam für eine Gemeinwohlsolidarität kämpfen. Die
59 Gemeinwohlsolidarität rückt den sozialen Zusammenhalt und das Gemeinwohl in den Mittelpunkt
60 des gesellschaftlichen Zusammenlebens: Eine soziale, gerechte und friedliche Gesellschaft
61 kann es nur dann geben, wenn Jede*r sich in dieser für das gesamte Wohl verantwortlich fühlt
62 und den Raum bekommt, das eigene Leben selbstbestimmt und frei von Demütigungen und
63 Verurteilung zu gestalten. Ohne die Anerkennung des Sozialen als Grundpfeiler unserer
64 Gesellschaft sind wir nicht in der Lage, im umfassenden ökologisch nachhaltigen Wohlstand zu
65 leben.

66 Grundlagen

67 Für uns ist es zentral, Armut und soziale Not zu überwinden und allen Menschen das Leben zu
68 ermöglichen, das sie sich wünschen. Deshalb arbeiten wir Grüne mit Nachdruck an
69 arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Lösungen, die nicht vom Misstrauen gegenüber den
70 Menschen geprägt sind. So wollen wir beispielsweise Sanktionen beim ALG II abschaffen und
71 eine Kindergrundsicherung einführen.

72 Genauso bewusst ist uns: Jenseits dieser materiellen Voraussetzungen gibt es andere
73 Barrieren und Benachteiligungen, die der Verwirklichung von Selbstbestimmung und
74 gleichberechtigter Teilhabe entgegenstehen. Auch hier wollen wir die zentralen
75 Stellschrauben weiterdrehen. Wo wir dabei Handlungsnotwendigkeiten sehen und was wir dabei
76 machen werden, damit wollen wir uns in diesem Antrag beschäftigen.

77 Berlin ist bunt – schon immer

78 Als 1961 die ersten Menschen im Zuge des Anwerbeabkommens nach (West-) Berlin gezogen sind,
79 war das Berliner Stadtbild noch vom Krieg gezeichnet. Viele Neu-Berliner*innen sind damals
80 aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Tunesien und Spanien gekommen und haben in
81 auffälligen Wohnungen in Sanierungsgebieten oder in Mauernähe gewohnt – überall da, wo sonst
82 niemand bereit war, Mieten zu zahlen. Sie haben in den Fabriken (bspw. Siemens, Osram)
83 körperliche Schwerstarbeit in unwürdigen Schichtzeiten geleistet – eine Arbeit, die sonst
84 keiner machen wollte, die aber erheblich dazu beigetragen haben, dass die Bundesrepublik
85 Deutschland zu einer weltweiten Wirtschaftsmacht geworden ist. Trotz der widrigen Wohn-,
86 Lebens- und Arbeitsumstände haben sie hier in Eigenregie Wohnungen saniert, Kinder erzogen,

87 Vereine gegründet, Läden aufgemacht, ihr Handwerk angeboten, Kunst geschaffen – alles, um
88 sich und ihrer Familie ein würdiges Leben zu ermöglichen. Die Geschichte dieser
89 Pioniergeneration wird häufig allein innerhalb der Familie von einer Generation in die
90 andere weitergegeben, dabei ist die Geschichte der Aufbaugeneration überall im Berliner
91 Stadtbild sichtbar: Sei es das Urban Krankenhaus oder der Bau der U-Bahnlinie 8, die
92 Bepflanzung von Bäumen an Straßen und in Parks. Das heutige Stadtbild und der
93 wirtschaftliche Aufbau Berlins sind maßgeblich durch die Arbeit und Mühe dieser ersten
94 Generation gekennzeichnet. Im Osten Berlins hatten die Vertragsarbeiter*innen aus Vietnam
95 und Mozambique keine Möglichkeit, sich viel Eigenes aufzubauen: Aber auch sie haben mit
96 ihrer Arbeit und den wenigen Kontakten, die zu den Berliner*innen möglich waren, die Stadt
97 bereichert – und tun es bis heute.

98 Diese Leerstelle in der kollektiven Erinnerung ist ein Beispiel von vielen. Zu den
99 Grundlagen einer freien Entfaltung der Persönlichkeit gehört aber auch die Sichtbarkeit der
100 eigenen Lebensrealität im öffentlichen Diskurs. Daher fordern wir, dass die Diversität der
101 Stadtgesellschaft endlich einen adäquaten Eingang in die Erinnerungskultur findet und die
102 Berliner Kultureinrichtungen und Schulen – als maßgebliche Transporteure derselben – dazu
103 befähigt werden, ihr Angebot für und die Mitarbeit von Menschen mit Migrationsgeschichte
104 systematisch auszubauen.

105 Nicht erst 2015 sind viele Menschen nach Berlin geflohen. Viele Stadtteile sind geprägt
106 durch Menschen aus dem arabischen Raum. Aber das Jahr 2015 hat vieles in Bewegung gebracht:
107 Bundesweit – und auch in Berlin – hat es die Forderung nach sozialem Wohnungsbau wieder in
108 den politischen Fokus gerückt und uns zum Handeln gezwungen. Aber auch die Verwaltung hat
109 sich ein Stück weit geöffnet, es gibt verbindliche Kooperation mit der Zivilgesellschaft, es
110 gibt mehrsprachige Informationen und immer öfter auch mehrsprachige Mitarbeiter*innen. Die
111 gesellschaftliche Teilhabe der Geflüchteten ist eine Chance auf Innovationen für unsere
112 Stadt. Innovationen, die Berlin als internationale Metropole dringend braucht.

113 Wir fangen nicht bei Null an

114 Die rot-rot-grüne Landesregierung ist mit dem Anspruch angetreten, die individuelle
115 Selbstbestimmung zu stärken, Diskriminierungen in allen Bereichen der Stadtgesellschaft
116 entgegenzutreten sowie die bestehenden Einrichtungen/Instrumente und Maßnahmen zur
117 Prävention und Sanktion von Diskriminierungen auszubauen und – wo notwendig – zu erweitern.
118 Dabei kommt unserer Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
119 eine Schlüsselrolle zu. Berlin hat ein vielfältiges Beratungsangebot, das von
120 zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen wird und Berliner*innen im Falle von
121 Diskriminierung unterstützt. Wir haben die Beschwerdestrukturen systematisch verstärkt sowie
122 neue Handlungsfelder aufgebaut. Beispielsweise haben wir eine Fachstelle gegen
123 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eingerichtet, die vor dem Hintergrund des umkämpften
124 Mietmarkts gerade diejenigen unterstützen soll, die bei der Wohnungssuche systematisch
125 diskriminiert werden. Des Weiteren haben wir uns dafür eingesetzt, dass sich das Land Berlin
126 im Rahmen der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ auf den Weg macht, gezielt
127 Anti-Schwarzen Rassismus zu bekämpfen sowie bestehende Community-Strukturen für Schwarze
128 Berliner*innen zu stärken. Mit der Roma-Community haben wir eine Selbstvertretung
129 erarbeitet, die gesetzlich verankert werden wird. Die „Initiative geschlechtliche und
130 sexuelle Vielfalt“ wurde von uns in einem umfassenden Community-Prozess neu gestartet, um
131 Homo- und Trans-Feindlichkeit in unserer Stadt weiter zurückzudrängen, LSBTIQ* zu empowern
132 und für Akzeptanz in der gesamten Stadtgesellschaft zu werben. Mit einem Maßnahmenplan
133 „Gegen jeden Antisemitismus!“ wird Berlin künftig noch entschlossener und gezielter gegen
134 antisemitische Einstellungen und Taten vorgehen. Viele weitere Maßnahmen haben wir
135 angeschoben und umgesetzt. Uns ist aber auch klar, dass noch vieles zu tun bleibt, um

136 unserem Ziel näher zu kommen: allen Berliner*innen Chancengleichheit zu garantieren und
137 einen diskriminierungsfreien, selbstbestimmten Zugang zum öffentlichen, politischen und
138 kulturellen Leben zu ermöglichen.

139 Teilhabe ermöglichen

140 Vor kurzem hat das Verfassungsgericht klargestellt: Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen
141 nicht einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gesellschaft, wie alle
142 anderen auch. Das ist ein großer Schritt voran in Richtung inklusiver Gesellschaft, wie die
143 UN-Behindertenrechtskonvention sie fordert. Wir wollen in diesem Sinne eine inklusive
144 Gesellschaft bauen, in der alle Menschen ein Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen
145 Teilbereichen haben und Konflikte auf Augenhöhe miteinander aushandeln: unabhängig davon,
146 woher sie selbst oder ihre Eltern kommen und wie lange sie schon hier leben. Alle
147 Berliner*innen sind #vonhier.

148 So verstehen wir auch Integration: als Teilhabe aller an der Gesellschaft. Es ist Aufgabe
149 der Politik, Hürden und Diskriminierung aus dem Weg zu räumen, die eine solche
150 gleichberechtigte Teilhabe verhindern – nicht nur für Geflüchtete oder zugewanderte
151 Menschen, sondern für alle, deren Recht auf Teilhabe durch strukturelle und materielle
152 Hürden beeinträchtigt wird. Deshalb wollen wir keine Unterkünfte nur für Geflüchtete mehr
153 bauen, sondern wollen gemeinsames Wohnen von Anfang an ermöglichen. Und aus demselben Grund
154 gehören Einrichtungen für Schwerbehinderte nicht an den Rand der Stadt, sondern mitten
155 hinein in die Kieze.

156 Wir wollen digitale Lösungen für anonyme Bewerbungen: So können jeweils die Merkmale
157 ausgeblendet werden, die ein faires, diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren verhindern:
158 Das kann der Name sein, es kann aber auch das Alter, Gewichtsdiskriminierungen oder der
159 Hinweis auf eine Beeinträchtigung sein.

160 Wir sind in Berlin in der rot-rot-grünen Koalition beim inklusiven Wahlrecht bereits
161 vorangegangen. Der nächste Schritt muss endlich das kommunale Wahlrecht sein. Für
162 geflüchtete Menschen ist das Aufenthaltsrecht die größte Hürde. Für uns gilt: Wer etwas
163 lernen und arbeiten will, soll bleiben können. Deshalb haben wir auf Bundesebene ein eigenes
164 Einwanderungsgesetz als Alternative zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung vorgelegt.
165 Wir wollen eine Bleiberechtsregelung für afghanische Geflüchtete und andere Menschen, die
166 schon lange mit Duldung in Deutschland leben. Und da der Bund den dringend nötigen
167 Spurwechsel für Menschen, die hier arbeiten oder sich ausbilden wollen, nicht zustande
168 bringt, arbeiten wir an einem Berliner Spurwechsel. Denn wir wollen allen Menschen, die nach
169 Berlin kommen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und sie in der Entfaltung ihrer
170 Persönlichkeit unterstützen.

171 Alle haben Schutz verdient

172 Für Bündnis 90/Die Grünen ist im Kontext sicherheitspolitischer Debatten und Maßnahmen der
173 Schutz und Ausbau der Bürger*innenrechte ein zentrales Ziel. Dabei wird die Stärkung der
174 Berliner Polizeibehörde nicht nur durch eine Erweiterung der Befugnisse erreicht, sondern
175 auch durch den Aufbau des Vertrauens aller Berliner*innen in die Behörde.

176 Die Methode des „Racial Profiling“, bei der Personenkontrollen oder Ermittlungen nicht auf
177 einem konkreten Verdacht beruhen, sondern den Tatverdacht allein aus bestimmten körperlichen
178 Merkmalen einer Person – wie etwa die Hautfarbe – ableiten, verstößt gemäß mehreren
179 Gerichtsurteilen gegen das Grundgesetz. Dennoch kommt sie noch immer zum Einsatz, auch in
180 Berlin. Besonders häufig sind Schwarze Menschen, Roma, türkei- und arabischstämmige Menschen
181 (bzw. die, die diese Zuschreibungen erfahren) davon betroffen.

182 Daher fordern Bündnis 90/Die Grünen, dass im ASOG ein ausdrückliches Verbot von „Racial
183 Profiling“ verankert wird. Gleichwohl ist uns bewusst, dass dies nicht genügen wird, um ein
184 faktisches Verbot von „Racial Profiling“ in Berlin tatsächlich durchzusetzen. Hierfür ist
185 erforderlich, dass bei der Berliner Polizei eine Diversity-Gesamtstrategie ausgearbeitet und
186 implementiert wird. Ein wesentlicher Teil davon muss die Stärkung der Aus-, Fort- und
187 Weiterbildung für den mittleren, gehobenen und höheren Vollzugsdienst in den Bereichen
188 Diversity und Antidiskriminierung sein. Die Teilnahme für Mitarbeiter*innen der
189 Leitungsebenen ist verpflichtend auszugestalten. Dazu gehört auch die Einführung eines
190 „Community-Policing“-Konzepts zur Zusammenarbeit und Vertrauensbildung der Berliner Polizei
191 mit insbesondere von Rassismus betroffenen Communities.

192 Schließlich fordern wir die Einführung einer unabhängigen Beschwerdestelle, die bei der*dem
193 künftigen Polizeibeauftragten des Landes Berlin angesiedelt ist, an die sich Bürger*innen im
194 Falle von Diskriminierungen wenden können. Sie soll auch die polizeilichen
195 Handlungsanweisungen, Geschäftsprozesse, Abläufe und Praxen im Hinblick auf strukturelle
196 Diskriminierung auswerten.

197 Institutionellen Rassismus erkennen und abbauen

198 Noch immer produzieren gesellschaftliche Institutionen Ausschlüsse, sei es die Polizei,
199 Schule, die Berliner Verwaltung oder die Jobcenter. Wer dies anspricht, stößt dabei in der
200 Regel auf enorme Abwehr und Widerstand. Institutioneller Rassismus und strukturelle
201 Diskriminierung werden oftmals heruntergespielt oder schlichtweg geleugnet. Dabei ist die
202 Fakten- und Studienlage klar: Schüler*innen mit einem „nicht deutsch“ klingenden Namen
203 erhalten bei gleicher Leistung schlechtere Noten und seltener eine Gymnasialempfehlung.
204 Musliminnen mit Kopftuch bleibt der gleichberechtigte Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt
205 verwehrt. Trans* Personen sind überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit und
206 finanzieller Armut betroffen. Und in der Berliner Verwaltung kommt nur eine verschwindend
207 geringe Minderheit der Mitarbeiter*innen of Color in den Leitungsebenen an; ganz zu
208 schweigen davon, dass unter den Mitarbeitenden der Anteil von Menschen, die von Rassismus
209 betroffen sind, kaum repräsentiert ist. Wir Grüne wollen das nicht länger hinnehmen. Fakt
210 ist: Rassismus kommt in allen gesellschaftlichen Bereichen vor. Statt institutionellen
211 Rassismus kleinzureden, verlangen wir daher umgekehrt eine Professionalisierung im Umgang
212 mit ihm: Institutioneller Rassismus muss konsequent identifiziert und abgebaut werden. Dafür
213 müssen diskriminierungskritische und diversitätssensible Organisationsentwicklungen und
214 Organisationsuntersuchungen zum Einsatz kommen. Staatliche Einrichtungen müssen sich
215 konsequent für die Diversität der Stadtgesellschaft öffnen.

216 Mit dem künftigen Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) sollen die öffentlichen
217 Einrichtungen des Landes Berlin bei der Förderung einer Kultur der Wertschätzung von
218 Vielfalt eine Vorbildfunktion erhalten. Diversity-Maßnahmen sollen darauf zielen,
219 Diskriminierungen abzubauen bzw. zu verhindern und Chancengerechtigkeit zu fördern. Dies
220 kann nur gelingen, wenn auch Strukturen in den Blick genommen werden, die beispielsweise zur
221 Unterrepräsentanz von bestimmten Gruppen – gerade auf Leitungsebene oder bei der Ausrichtung
222 von Angeboten – führen. Nur auf diese Weise lässt sich institutioneller Rassismus wirksam
223 abbauen. Dabei stehen die Führungskräfte in besonderer Verantwortung. Maßnahmen zur
224 Steigerung der Diversity-Kompetenzen müssen daher in der Breite verankert werden. Hier ist
225 noch ein weiter Weg zu gehen – in dieser Legislaturperiode wollen wir aber die
226 entscheidenden Weichen stellen!

227 Berlin hat zwar 2010 das bundesweit erste Partizipations- und Integrationsgesetz
228 verabschiedet, doch die letzten Jahre haben gezeigt, dass dieses Gesetz nicht zur
229 gleichberechtigten Teilhabe beitragen kann. Wir wollen uns bei der anstehenden

230 Gesetzesnovellierung dafür einsetzen, dass sich die Novellierung an dem
231 Gleichstellungsgedanken des Berliner Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) orientiert. Es geht
232 nicht um Integration, sondern im Sinne eines kollektiven Nachteilsausgleichs darum, Gruppen,
233 die strukturell diskriminiert werden, mit privilegierten Gruppen gleichzustellen.

234 Strukturen dauerhaft verändern

235 Eine moderne Antidiskriminierungsarbeit braucht flächendeckende, langfristige und
236 nachhaltige Finanzierung. Denn oft sind gerade sie es die Innovation und nachhaltige Effekte
237 in der Förderlandschaft initiieren. Wir wollen eine Förderung von Organisationen der
238 Zivilgesellschaft – insbesondere von Migrant*innenselbstorganisationen und Neuen Deutschen
239 Organisationen – mit öffentlichen Mitteln, die am Subsidiaritätsprinzip ausgerichtet ist,
240 denn wir sehen, dass die Feststellung von Problemen und Bedarfen in diesen Organisationen
241 schneller und fachgerechter geschieht als in Politik und Verwaltung. Projekte gegen
242 Diskriminierung, als Unterstützung für den Einstieg ins Berufsleben oder für Menschen, die
243 von häuslicher Gewalt betroffen sind, sind auf zuverlässige und langfristige Förderung
244 angewiesen. Wo immer möglich sollte von der Projektförderung auf Leistungsverträge
245 umgestellt werden.

246 Neben den Förderkriterien müssen wir auch alle anderen Strukturen dauerhaft verändern. Ein
247 einziges Diversitäts-Seminar reicht dabei nicht aus. Wir haben hier die Frauenbewegung und
248 die vielfältigen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter zum Vorbild. Wir brauchen
249 daher überall Diversitäts-Beauftragte, Diversitäts-Räte und Gremien, die sich dauerhaft und
250 strukturell mit diesem Thema befassen. Ein Mittel, die Perspektive, Erfahrungen und das
251 Fachwissen der Zivilgesellschaft ein zu beziehen, sind Beiräte, deren Strukturen so gesetzt
252 sind, dass sie tatsächliche Mitsprache erhalten und keine zahnlosen Verwaltungstiger sind.

253 Wir Grüne wollen, dass die Stimmen von Kindern und Jugendlichen gehört werden, in Politik
254 und Gesellschaft. Dazu müssen Kinder und Jugendliche an Entscheidungen beteiligt werden, und
255 zwar nicht nur bei Themen wie Spielplatzbau, sondern bei allen wichtigen politischen und
256 gesellschaftlichen Themen, auch bei der Stadtentwicklung und beim Verkehr.
257 Jugendpartizipation ist wichtig. Wir wollen niedrigschwellige Angebote und
258 Beteiligungsformate, die Kindern und Jugendlichen Lust darauf machen, sich einzubringen. Wir
259 unterstützen die Kinder- und Jugendparlamente, die es schon in einigen Bezirken gibt,
260 daneben aber auch die Einrichtung von Kinder- und Jugendbüros in den Bezirken und die
261 Jugendarbeit in Stadtteilzentren, Jugendclubs und an den Schulen. Kinder und Jugendliche in
262 Berlin wollen mitmischen, die Politik muss dafür Räume eröffnen – und zwar auch dann, wenn
263 Kinder und Jugendliche ganz andere Vorstellungen haben als Erwachsene und deren Welt auf den
264 Kopf stellen.

265 Das kommende Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ist für eine dauerhafte, strukturelle
266 Veränderung von großer Bedeutung. Es wird bestehende Regelungslücken des Allgemeinen
267 Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf Bundesebene endlich für Berlin schließen. Denn zum
268 ersten Mal wird damit auch anerkannt, dass der Staat nicht nur bei der
269 Antidiskriminierungsarbeit eine wichtige Rolle spielt, indem er zivilgesellschaftliche
270 Projekte im Kampf gegen Diskriminierung, bei Beratung- und Empowermentarbeit unterstützt,
271 sondern dass der Staat mit seinen Verwaltungen und Behörden selbst auch ein potentiell
272 diskriminierender Akteur ist. Das LADG wird hier endlich eine rechtliche Handhabe
273 ermöglichen. Von staatlicher Ungleichbehandlung Betroffene können zukünftig einen Ersatz für
274 den entstandenen Schaden und eine Entschädigung vor Gericht geltend machen.

275 Mit dem LADG wird Berlin bundesweit eine Vorreiter*innenrolle einnehmen und Druck für eine
276 Reform des AGG aufbauen. Denn dank grüner Initiative wird es antidiskriminierungsrechtliche
277 Innovationen wie einen erweiterten Merkmalskatalog und ein Verbandsklagerecht einführen.

278 Don't shoot the messenger

279 Wir brauchen eine (Debatten) Kultur, in der das Ansprechen von Problemen gewürdigt und nicht
280 gemäßregelt oder relativiert wird. Wir brauchen eine Kultur, in der Institutionen, Firmen
281 oder Verbände, die Rassismus oder Diskriminierungen in ihren Strukturen benennen eine
282 Anerkennung erfahren. Das Problem sind nicht diejenigen, die Rassismus und Diskriminierung
283 in ihren Reihen aufarbeiten, sondern jene, die leugnen, dass es Rassismus gibt. Partei zu
284 ergreifen für die Interessen einer Gruppe, die mit einer anderen im Konflikt steht, bedeutet
285 nie ein Parteiergreifen für die eine Gruppe gegen die Andere, sondern ein Einstehen für die
286 Werte und Überzeugungen der Grünen Partei.

287 Bei den Kleinen fängt es an

288 Bereits in ihrer Kindheit und Jugend machen Berliner*innen Diskriminierungserfahrungen. Das
289 haben im vergangenen Jahr sowohl die #MeTwo-Debatte als auch Berichte über Vorfälle an
290 Berliner Schulen noch einmal eindrücklich dargelegt. Es ist zudem deutlich geworden, dass
291 die Diskriminierung in vielen Fällen auch vom Lehrpersonal ausgeht. Bereits in frühen Jahren
292 müssen also Kinder, die sich in unseren Bildungseinrichtungen in einem
293 Abhängigkeitsverhältnis befinden, rassistische, sexistische oder etwa behindertenfeindliche
294 Zuschreibungen ertragen. Dadurch werden gesellschaftliche Ausschlussmechanismen
295 fortgeschrieben, die unserem demokratischen Gemeinwesen als Ganzes schaden.

296 Diesem bedenklichen Zustand muss etwas entgegengestellt werden. Empörung über vermeintliche
297 Einzelfälle reicht nicht aus. Wir fordern eine Gesamtstrategie gegen Diskriminierungen an
298 Berliner Schulen. Berliner Schüler*innen haben ein Recht auf diskriminierungskritische
299 Bildung! An Berliner Schulen braucht es einen nachhaltigen, strukturellen und präventiven
300 Umgang mit Diskriminierung. Es gibt Schutz- und Beratungslücken, die wir schließen wollen.
301 Es kann nicht sein, dass die Opfer von Diskriminierung die Schule wechseln müssen,
302 diskriminierendes Lehrpersonal aber nicht sanktioniert wird und sich an den
303 diskriminierenden Strukturen und Praxen nichts ändert. Eine diskriminierungssensible
304 Schulkultur ist eine zentrale Aufgabe von Leitungspersonal und Schulentwicklung.

305 Nachdem auf grüne Initiative hin bereits ein aktives Diskriminierungsverbot im Berliner
306 Schulgesetz verankert wurde, fordern wir nun einen umfassenden Diskriminierungsschutz an
307 Berliner Schulen, der den Betroffenen eine transparente Beschwerde- und
308 Interventionsstruktur sowie ihnen verbindliche Präventions-, Informations-, Beratungs- und
309 Empowermentangebote zur Verfügung stellt. Opfer von Diskriminierung dürfen nicht allein
310 gelassen werden. Bei Diskriminierungsfällen braucht es eine klare Interventionskette. Dazu
311 gehört es, dass es an jeder Schule eine qualifizierte Ansprechperson gibt, die Betroffene
312 berät und alle gemeldeten Diskriminierungsfälle aufklärt sowie diese gegenüber der
313 zuständigen Schulaufsicht und der Antidiskriminierungsbeauftragten der
314 Senatsbildungsverwaltung berichtet. Alle Schulen sollen in einem partizipativen Prozess eine
315 Antidiskriminierungsstrategie erarbeiten. Wir werden den Schulleitungen zur Entlastung
316 externe Organisationsentwickler*innen zur Seite stellen. Und wir wollen, dass Berlin eine
317 unabhängige Beschwerdestelle für Diskriminierung an Schulen einrichtet.

318 Zu den schulischen Strategien gegen Diskriminierung gehört zudem die Förderung der
319 Wertschätzung von Vielfalt. Dazu braucht es Wissensvermittlung über unterschiedliche
320 Diskriminierungsformen und die Vermittlung von Diversitykompetenzen. Die kontinuierliche und
321 verpflichtende pädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung im Bereich Antidiskriminierung,
322 Intersektionalität und Diversitykompetenz soll verankert und verstärkt und mindestens für
323 alle Lehrkräfte und das Leitungspersonal obligatorisch werden. Auch das Schulmaterial ist im
324 Hinblick auf diskriminierungskritische, wissenschaftlich geprüfte Standards zu überarbeiten

325 bzw. zu erstellen und auszuwählen. Nach dem Vorbild der Fachstelle für Queere Bildung
326 fordern wir zur Unterstützung die Einrichtung einer Fachstelle für Intersektionale Bildung.

327 Es braucht Raum um selbstbestimmt Leben zu können

328 Selbstbestimmt zu leben bedeutet nicht nur, das tun zu können was man will, sondern auch
329 einen Raum, einen Ort und eine Gegend zu haben, in der man sich frei entfalten kann; wo
330 keine Marginalisierung stattfindet und auch Teilhabe ermöglicht wird. Dies beinhaltet
331 Wohnprojekte für lesbische oder migrantische Communities, genügend zentrale Flächen und
332 Büroräume für Initiativen und Verbände in der Stadt, Orte zum Feiern und Orte zum Erholen,
333 genauso wie Platz für alternative Wohnentwürfe, wie Flöße auf dem Wasser oder Wagenburgen
334 auf dem Land. Auch in einer sich zunehmend verdichtenden Stadt ist es entscheidend, dass
335 diese Orte geschützt und zusätzliche geschaffen werden – denn Menschen brauchen ein Dach
336 über dem Kopf, sie brauchen aber auch Orte und Gegenden, in denen sie sich entfalten und
337 leben können. Seien es Grünflächen, soziale Einrichtungen, Spielplätze, Partylocations oder
338 Begegnungszonen – diese Orte, die meist kostenlos nutzbar sind, sind gerade für Menschen,
339 die sich privat nicht viel Platz zum Leben leisten können ein elementarer Ort der Erholung
340 und der Selbstverwirklichung. Dabei gilt es immer, den Interessensausgleich auch zu wahren:
341 Wir wollen, dass es in Berlin sowohl möglich ist, die Nacht durch zu feiern, als auch zu
342 schlafen. Bündnis 90/Die Grünen tritt daher dafür ein, die Räume die es jetzt schon gibt zu
343 schützen, bei Planung von neuen Quartieren auch genug Frei- und sozial nutzbaren Raum zu
344 schaffen, sowie durch Entsigelung und Umwidmung, gerade von Parkplätzen, weiteren Raum zu
345 gewinnen. Die Schaffung eines lesbischen Wohnprojektes hat dafür für uns zentrale Bedeutung.

346 Um auf Dauer eine gute Planung zu gewährleisten, fordern wir ein öffentliches
347 Flächenkataster, das eine faire Übersicht des Status quo ermöglicht und auch die städtischen
348 Betriebsflächen mit einbezieht. Dies würde die Entscheidungen der Behörden um ein Vielfaches
349 transparenter und damit nachvollziehbarer für alle Bewerber*innen machen.

350 Wir wollen auch das Kleingewerbe in der Stadt schützen. Sei es ein Bäcker, der
351 Schusterladen, die Bibliothek, ein*e Klempner*in oder ein Fahrradgeschäft, diese kleinen
352 Läden sind wichtig, damit ein gutes Leben im Kiez möglich ist und Gegenstände auch günstig
353 repariert werden können. Wenn die Anfahrt der*s Handwerker*in, weil sie*er eben nicht mehr
354 in der Nähe ihr Geschäft hat, mehr kostet als eine Neuanschaffung ist dies auch aus
355 ökologischer Sicht ein Desaster. Daher muss auch bei zunehmender Verdrängung eine
356 Grundversorgung der wichtigsten Dienste im Kiez ermöglicht werden. Ein Schutz der
357 Gewerbetrieben ist daher unumgänglich und für ein gutes Leben elementar.

358 Ausgrenzende Gesetze abschaffen

359 Noch immer gibt es viele Gesetze, die ein selbstbestimmtes Leben behindern und Menschen
360 vorschreiben, wie sie mit sich und ihrem Körper umzugehen haben. Diese wollen wir verändern
361 und für alle gerecht gestalten. So wollen wir beispielsweise endlich das
362 Transsexuellengesetz auf Bundesebene überwinden. Wer sein bei der Geburt zugewiesenes
363 Geschlecht ändern will, tut dies nicht aus irgendeiner Laune heraus. Trans*Menschen brauchen
364 keine Hürden, sondern müssen unterstützt werden. Deshalb brauchen wir ein Gesetz, das dem
365 Gedanken der Selbstbestimmung und nicht der Pathologisierung folgt.

366 Auch dass der Konsum von Drogen mit polizeilichen Mitteln geahndet wird halten wir nicht für
367 zielführend. Die Strafverfolgung hat im Bereich der Drogenpolitik für uns nichts zu suchen.
368 Wir setzen dagegen auf Aufklärung, auf Hilfe für Menschen mit problematischen Konsummustern
369 und darauf, dass Hürden beim Erwerb von Substanzen so angesetzt werden, dass sie weder
370 niedrigschwellig – wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind.

371 Auch und gerade Alleinerziehende haben es oft mit gesetzlichen Ungerechtigkeiten zu tun,
372 weil sie nicht der Norm entsprechen, an der die Politik ausgerichtet wird. Stattdessen
373 findet sogar oft eine Stigmatisierung statt. Dies wollen wir ändern, denn für uns gilt, dass
374 die Erziehung eines Kindes unterstützt werden muss, egal von wem und in welcher Form.
375 Deshalb wollen wir Steuermodelle, die ein bestimmtes Zusammenleben finanziell fördern
376 überwinden und steuerliche Bevorzugungen dort zum Tragen bringen, wo Kinder groß werden.

377 Grüner Druck macht sich bezahlt: Endlich wird das Land Berlin den Klageweg beschreiten, um
378 das Neutralitätsgesetz bis zu einer höchstrichterlichen Prüfung zu bringen. Es ist für uns
379 nicht hinnehmbar, dass auf dem Rücken einiger weniger Frauen derzeit öffentlich ausgetragen
380 wird, ob dieses Gesetz rechtens ist.

381 Gemeinsam anders

382 Eine tatsächlich vielfältige Gesellschaft, die gemeinwohlsolidarisch die Verantwortung für
383 die Zukunft übernimmt, ist eine vielfältige, friedliche und erfolgreiche.

384 Um diese Ziel zu erreichen, brauchen wir die Weiterentwicklung der Mehrheitsdemokratie hin
385 zur vielfältigen Demokratie, die Minderheitenrechte als wesentlichen Bestandteil
386 demokratischer Entscheidungsprozesse wahrt. Wir wissen auch, dass dies nur gelingen kann,
387 wenn man streitet, diskutiert und aufeinander zu geht. Dass in einer Metropole wie Berlin
388 unterschiedliche Interessen verschiedenster Gruppen erst einmal aufeinander treffen, ist
389 vollkommen normal. Wer Vielfalt leben will, muss dies gestalten, muss den
390 Interessensausgleich organisieren und den Marginalisierten zur Seite stehen.

391 Die Kraft unserer Gesellschaft, die sie tragfähig, friedlich und sozial sein lässt, liegt
392 darin, dass wir gemeinsam für unsere Unterschiedlichkeit eintreten. Lasst uns gemeinsam neue
393 Wege gehen, damit alle von uns nach ihrer Fassung, hier in Berlin und darüber hinaus,
394 glücklich werden können.